

An den
Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld
Pit Clausen

Bielefeld, den 22.04.2021

Änderungsantrag zu TOP 6.1.3 der FDP-Fraktion zur Ratssitzung am 22.04.2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Clausen,

zum Antrag von SPD, Bündnis90 / Die Grünen und der Linken stellen wir folgenden Änderungsantrag:

1. Einfügung eines neuen Punkt 2 (zwischen 1 und 2):

Die Verwaltung setzt überall wo dies vom Tätigkeitsbereich möglich ist, konsequent Homeoffice um. Über die Inanspruchnahme („Homeofficequote“) wird in jeder Sitzung des Finanz- und Personalausschusses berichtet. Die Verwaltung entwickelt beispielgebende Verfahren und Homeoffice-Umsetzungen, um deutlich höherer Anteile von Beschäftigten im Homeoffice zu beschäftigen als derzeit.

2. Ergänzung von Punkt 5 um den kursiven Text:

Langfristig stellt die Stadt bei möglichen Öffnungsszenarien vor allem Kinder und Jugendliche und deren Bedürfnisse und das Recht auf Bildung in den Mittelpunkt – dazu gehört auch die Unterstützung von Schulen und Kitas bei der Organisation und Durchführung von Testungen sowie eine Abfrage bei allen städtischen Schulen und Kitas nach dem Bedarf an mobilen Luftfilteranlagen und die schnelle Anschaffung der von den Schulen als notwendig angesehenen Geräte.

3. Einfügung einen neuen Punktes 6:

Der Rat der Stadt Bielefeld befürwortet die Durchführung verpflichtender Tests in den Schulen zum Schutz aller Schülerinnen und Schüler und hält diese Verpflichtung für angemessen, zielführend und zumutbar.

Mit freundlichen Grüßen

Jasmin Wahl-Schwentker
FDP-Fraktion im Rat der Stadt Bielefeld

Der Antrag mit den drei Änderungen wäre dann (**Änderungen in fett und kursiv**):

Der Rat beschließt:

1. Der Rat der Stadt unterstützt die Verwaltung bei der Durchführung von geeigneten Maßnahmen zur Senkung der Inzidenzzahlen. Ziel ist es, dauerhaft niedrige Inzidenzzahlen zu erreichen, um das Gesundheitssystem zu entlasten und zu einem weitgehend normalen Alltagsleben zurückkehren zu können. Dauerhaft niedrige Inzidenzzahlen sind die Voraussetzung für die Öffnungen von Schulen und Kitas aber auch für die Öffnung von Einzelhandel, Gastronomie, Kultur- und Freizeiteinrichtungen. Neben den notwendigen Einschränkungen sollen dabei möglichst umfassende Testungen und vorrangig die beschleunigte Weiterführung der Impfkampagne im Vordergrund stehen.
2. **Die Verwaltung setzt überall wo dies vom Tätigkeitsbereich möglich ist, konsequent Homeoffice um. Über die Inanspruchnahme („Homeofficequote“) wird in jeder Sitzung des Finanz- und Personalausschusses berichtet. Die Verwaltung entwickelt beispielgebende Verfahren und Homeoffice-Umsetzungen, um deutlich höherer Anteile von Beschäftigten im Homeoffice zu beschäftigen als derzeit.**
3. Der Rat der Stadt appelliert an alle Bielefelder Unternehmen, überall wo dies möglich ist, Homeoffice bzw. mobiles Arbeiten umzusetzen. Für die Umsetzung soll die WEGE Informationen und Hilfestellungen zu Verfügung stellen. Ziel muss es sein, dass diese Homeoffice-Regelungen bis zum Ende der Pandemie bestehen bleiben. Dabei soll auf eine geeignete Arbeitsplatzgestaltung geachtet und die arbeitsrechtlichen Regelungen eingehalten werden.
4. Der Rat der Stadt unterstützt die Verwaltung dabei, die Testangebote möglichst flächendeckend für alle Bielefelder*innen zur Verfügung zu stellen. Durch eine Werbekampagne und gezielte Ansprachen (mehrsprachig) soll erreicht werden, dass alle Bielefelder*innen den wöchentlichen Bürger*innentest wahrnehmen. Alle Unternehmen werden angehalten, ihren Mitarbeitenden ebenfalls mindestens einmal pro Woche einen Test anzubieten und durchzuführen.
5. Die Stadt als Arbeitgeberin sorgt für großzügige Regelungen für Eltern in Zeiten ohne oder mit eingeschränkten Betreuungsmöglichkeiten, damit Familien die Mehrfachbelastung von Berufstätigkeit, Kinderbetreuung und Homeschooling bewältigen können. Dabei steht das Kindeswohl im Vordergrund. Um Familien auch finanziell zu unterstützen sollen Differenzbeträge bei Inanspruchnahme von „Kinderkrankengeld“ ausgeglichen werden. Die Stadt wirbt für diesen Umgang auch bei Bielefelder Unternehmen.
6. Langfristig stellt die Stadt bei möglichen Öffnungsszenarien vor allem Kinder und Jugendliche und deren Bedürfnisse und das Recht auf Bildung in den Mittelpunkt – dazu gehört auch die Unterstützung von Schulen und Kitas bei der Organisation und Durchführung von Testungen **sowie eine Abfrage bei allen städtischen Schulen und Kitas nach dem Bedarf an mobilen Luftfilteranlagen und die schnelle Anschaffung der von den Schulen als notwendig angesehenen Geräte.**
7. **Der Rat der Stadt Bielefeld befürwortet die Durchführung verpflichtender Tests in den Schulen zum Schutz aller Schülerinnen und Schüler und hält diese Verpflichtung für angemessen, zielführend und zumutbar.**
8. Die Verwaltung wird gebeten im Rahmen der „Zukunftskonferenz Corona“ eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vorzusehen, um diese in die Entwicklung von Perspektiven für die Zeit nach den pandemiebedingten Einschränkungen einzubeziehen.
9. Der Rat appelliert an Land und Bund, bei allen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie die Belange von Kindern, Jugendlichen und Familien künftig mit einer höheren Aufmerksamkeit und Priorität zu versehen als bislang geschehen.